„Ein Riß durch die Partei“

Steht die DDR vor einem Umbruch? Nach einer friedlichen Massendemonstration in Leipzig erklärte die SED ihre Dialogbereitschaft. Doch die Zweifel überwiegen, ob der Staat zu Reformen bereit ist; allenfalls stehen Personen zur Disposition – Staats- und Parteichef Honekker oder wenigstens SED-Propagandachef Herrmann.

Fast flehentlich beschwor die SED-Führung das Volk der DDR, ihr die Treue zu halten.

„Unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik“, so ließen die Regenten von der Sozialistischen Einheitspartei am vergangenen Mittwoch abend über das Fernsehen verkünden, „ist das Werk des ganzen Volkes ... Der Sozialismus braucht jeden. Er hat Platz und Perspektive für alle. Er ist die Zukunft der heranwachsenden Generation.“

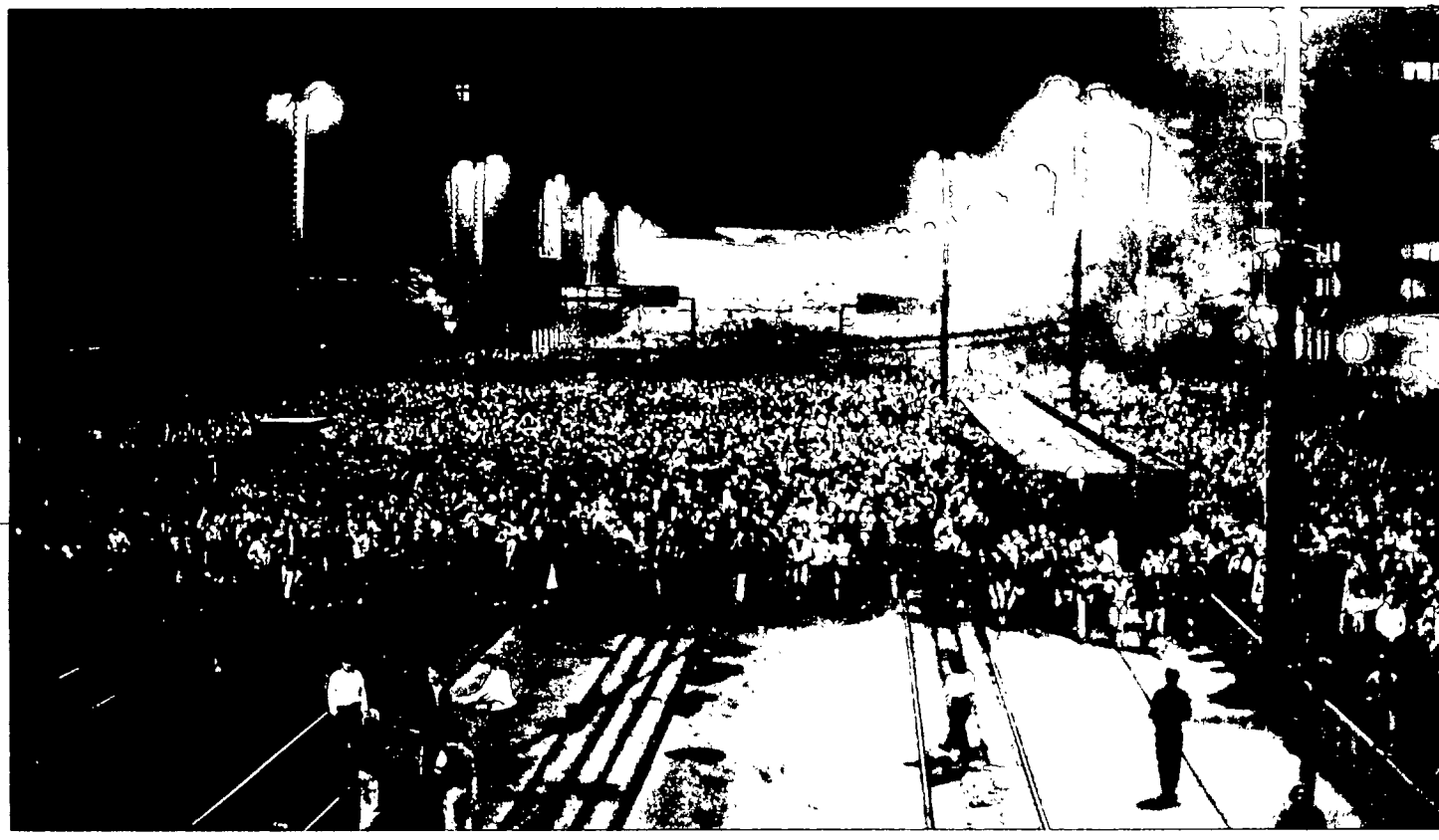
Und sie versprachen eine Wende: „Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind. Gemeinsam wollen wir Antwort finden, wie wir die nicht leichten Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts im Sinne der humanistischen Ideale des Sozialismus bestehen können. Gemeinsam wollen wir unser Vaterland so gestalten, daß die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse jedes einzelnen entsprechend seinen Leistungen immer besser erfüllt werden können.“

Soviel Gemeinsamkeit auf einmal haben die Bürger des SED-Staates in 40 Jahren nicht erfahren. Ihre Oberen handelten nicht aus frisch gewonnener Einsicht oder weil sie die Reue gepackt hätte, sondern aus höchster Not.

Die rasante Entwicklung im Land, der sich von Tag zu Tag steigernde Aufruhr der Geister haben in der SED zum Kampf um die Macht geführt.

Um die zu retten, schien der Apparat der SED am Wochenende zum Äußersten bereit – zum Sturz des Generalsekretärs Erich Honecker.

Ein paar Tage zuvor hatten die Herrschenden in Deutsch-Ost noch nicht die Friedensschalmei geblasen: In Ost-Berlin und Dresden, in Karl-Marx-Stadt, Plauen, Leipzig und Magdeburg prügelten die Staatsschützer des realen Sozialismus gnadenlos auf Kinder und Jugendliche ein, die es gewagt hatten, auf den Straßen der Städte für Glasnost und Perestroika, für Demokratie und Meinungsfreiheit zu demonstrieren. Die Bilder erinnerten an das West-Berlin der



Leipziger Massendemonstration am 9. Oktober: Gemeinsam das Vaterland gestalten?



DDR-Führungsspitze Sindermann, Honecker, Mittag, Stoph: „Wir haben alle erforderlichen Foren"

späten sechziger Jahre – Polizisten mit Hunden, Schilden und Wasserwerfern gingen erstmals in der DDR-Geschichte brutal auf Bürger los, die Menschenrechte einforderten.

Als „Provokateure" und „Rowdys" beschimpfte die SED-Provinzpresse die Demonstranten, und das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland (ND)* schrieb über den brutalen Einsatz, mit dem Vopos und Stasi am Jubiläumsabend im Ost-Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg eine Demo von rund 7000 „Randalierern" aufgelöst hatte (siehe Kasten Seite 22), triumphierend: „Die Rädelsführer wurden festgenommen."

In Haft gerieten an diesem Abend fast ausschließlich harmlose junge Menschen, unter ihnen 14jährige Mädchen, die von Uniformierten und Zivilisten gejagt wurden wie die Hasen, bevor die Staatsmacht sie zusammenschlug und wegkarrte.

Die Wende kam aus Sachsen: 50 000 Menschen, vom Kind bis zum Greis, Studenten, Arbeiter und Intelligenzler, formierten sich am frühen Montag abend in der Messestadt Leipzig zu einem endlosen Zug um die Stadt. Die Massen skandierten immer wieder „Gorbi, Gorbi" oder „Wir sind das Volk" (siehe Seite 24).

Soviel Volkspower hatten die Genossen seit dem 17. Juni 1953 nicht mehr erlebt, dem traumatischen Datum der Ost-Republik.

Als Egon Krenz, im Politbüro für die Sicherheit der DDR zuständig, die Alarmmeldung erhielt, handelte er sofort: In Leipzig verschwanden die geballt aufmarschierten Sicherheitsorgane von der Bildfläche; der Chefdirigent des Gewandhaus-Orchesters, Kurt Masur, plädierte gemeinsam mit SED-Funktionären für Dialogbereitschaft und Gewaltfreiheit. Auch in Ost-Berlin, wo Polizei und Stasi noch tags zuvor rund um die Gethsemanekirche gegen junge Demonstranten gewütet hatten, schwebte an diesem Abend plötzlich ein sozialistischer Friedensengel über den Straßen.

Zwei Tage brauchte die SED-Spitze, um sich von dem Leipziger Schock zu erholen. Am Dienstag beriet zunächst die Altherrenrunde des Politbüros unter sich, am Mittwoch zogen die Senioren die Parteisekretäre aller Bezirke hinzu. Am Abend verlas ein TV-Sprecher in der Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" 15 Minuten lang das Ergebnis, ein Konglomerat aus ein bißchen Selbstkritik und vielen feierlich-unverbindlichen Appellen an die Solidarität aller im Sozialismus Vereinten, gewürzt mit harschen Attacken gegen die bösen Imperialisten in der BRD.

Das Wort Reformen kommt in der Enzyklika des Politbüros sowenig vor wie das Wort Opposition. „Alle Meinungsäußerungen und Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus in der DDR sind ... wichtig", beteuern die SED-Oberhirten treuherzig, fügen aber scheinheilig an: „Wir haben dafür alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie."

Ein „Neues Forum", so die Botschaft im Klartext, habe man sowenig nötig wie einen „Demokratischen Aufbruch" oder gar eine sozialdemokratische Partei nach dem Muster der westdeutschen SPD; die Oppositionszirkel seien wohl überflüssig.

Der Schreck von Leipzig sitzt noch nicht tief genug: Einstweilen glauben die Altgenossen, sich und ihr Regime auf bewährte kommunistische Weise retten zu können, ohne auch nur einen Zipfel der Macht aus der Hand zu geben – mit unverbindlichen, vieldeutig auslegbaren Versprechungen und etwas mehr Leine fürs einfache Volk – und notfalls mit ein paar neuen Gesichtern an der Spitze.

„Ein Riß geht quer durch das Politbüro und den Apparat der Partei", sagt ein Insider. Doch er trennt nicht Betonköpfe von Reformern.

Wo sollten die plötzlich herkommen? Noch sitzen in den Spitzenfunktionen all jene, die ihre DDR in die größte Krise seit Bestehen getrieben haben.

Einig sind sie sich allesamt im eisernen Willen, ihre Macht und damit ihre Haut zu retten, uneins über die Methode: Auf absolute Härte setzen die einen, geschmeidige Anpassung an die veränderte Lage propagieren die anderen.

Am heftigsten fochten in der Krisensitzung des Politbüros die ZK-Sekretäre Joachim Herrmann, zuständig für die DDR-Medien, und Günter Mittag, oberster Lenker der maroden ostdeutschen Wirtschaft, für die harte Variante – nach der Devise: Wehret den Anfängen. Gäbe man jetzt dem Druck von unten nach, so ihr Argument, sei schon bald kein Halten mehr, dann brächen alle Dämme.

Für flexibles Taktieren dagegen plädieren jene, die noch am ehesten wissen, was im DDR-Volk wirklich vorgeht, weil sie ihre Lauscher vor Ort haben: die Chefs der Sicherheit, Egon Krenz, 52, und Stasi-Anführer Erich Mielke, 81. Den Ausschlag gaben die Pragmatiker aus der Provinz, die Bezirkssekretäre. Sie waren nicht nur Urheber der „Erklärung", sie setzten auch durch, daß eine Plenarsitzung des Zentralkomitees von Anfang Dezember auf Ende Oktober vorgezogen wird.

Dort, so versprachen die SED-Oberen feierlich, „werden wir unserer Partei und dem gesamten Volk im Sinne unserer strategischen Konzeption von Konti-

KOMMENTAR

Die deutschen Probleme

RUDOLF AUGSTEIN

Wie wäre es, wenn die Ausländer sich einmal für vier Wochen keine Gedanken über die Vereinigung der verbliebenen Deutschen machten? Wir selbst machen uns diese Sorgen nämlich auch nicht, wir haben andere.

Warum verkündet Henry Kissinger, er könne sich eine Vereinigung (nur) als eine Konföderation vorstellen? Es wird vielleicht gar keine geben; aber eine Konföderation entspräche weder der Sach- noch der Rechtslage.

Warum sagt Roland Dumas, Außenminister Frankreichs, so schnell könne daraus nichts werden und überdies müßten ja auch die Verträge beachtet werden? Welche Verträge? Es gibt keine, die es der UdSSR verwehren würden, Berlin und den Boden der DDR zu verlassen.

Warum sich nicht vor Augen halten, daß die neue Vereinigung eine Funktion der Rüstungsvereinbarungen wäre, ganz anders als je nach einem Krieg? Das Kriegsende würde eben darin bestehen, daß es wieder einen deutschen Staat gäbe, einen mit „Souveränität". Warum denn nicht?

Ein Problem des internationalen Gleichgewichts, wie François Mitterrand meint, stellt sich eigentlich nicht, jedenfalls dann nicht, wenn Frankreich und die Bundesrepublik beherzigen, was Henri Froment-Meurice, 1982/83 französischer Botschafter in Bonn, beiden Ländern soeben empfohlen hat:

> Frankreich und Deutschland müssen das Schicksal des jeweils anderen annehmen. Nur das schafft das notwendige Vertrauen. Frankreichs Schicksal ist es, Europa zu schaffen. Deutschlands Schicksal ist es, die Teilung zu überwinden.

Frankreich, so sagt er, habe früher manchmal den Fehler gemacht, den Gegner von gestern für den Gegner von morgen zu halten. Das mag man so sehen. Aber zwischen 1871 und 1914 wie zwischen 1918 und 1939 *war* der Gegner von gestern auch der von morgen.

Anders ist das heute. Die Bundesrepublik kann die EG-Integration nicht künstlich stoppen, um auf eine imaginäre Wiedervereinigung zu warten. Frankreich nun wiederum kann nicht mit Aussicht auf Erfolg versuchen, die europäische Integration als Mittel gegen die Wiedervereinigung einzusetzen. „Wir dürfen keine Zeit verlieren", sagt Präsident Mitterrand, aber dieser Prozeß braucht seine Zeit, auch ohne „die deutschen Probleme" (Mitterrand).

Auf zwei Essentials besteht auch Froment-Meurice: Einmal ist es die Oder-Neiße-Grenze, das versteht sich von selbst. Zum zweiten ist es der Status quo in Berlin, und das versteht sich nicht von selbst. Sollten die Sowjets die DDR samt ihrem Berliner Sektor verlassen, so könnten die westlichen Alliierten nur kraft Siegerrechts in Berlin bleiben.

Es scheint, als sei das so gemeint. Solange die westlichen Alliierten in West-Berlin sitzen, kann auch Gorbatschow aus seinem Teil der Stadt nicht weg, ja, wohl auch aus der ganzen DDR nicht. Wieso steht West-Berlin nicht zur Disposition, solange Frankreich als Atommacht, wie der Botschafter freimütig einräumt, den Deutschen überlegen ist?

Nur gut, daß Gorbatschow nicht in der Lage ist, die „deutsche Karte mit letzter Konsequenz" (Froment-Meurice) auszuspielen. Da kämen wohl alle in Schwierigkeiten. So kann alles bleiben, wie es ist.

Laßt uns doch aufhören, die preußisch-deutsche Geschichte als Schreckgespenst ins Feld zu führen, mit ihr ist es zu Ende. Der neue Staat würde, wie andere auch, nur noch wirtschaftlich expandieren wollen.

Er wäre, zugegeben, wirtschaftlich stärker als Frankreich. Aber Frankreich nimmt unsere Wirtschaftskraft doch sonst gern in Anspruch. Die Polen, die unter dem Deutschtum doch wahrlich mehr gelitten haben als die Franzosen, wären mit dem verbliebenen deutschen Einheitsstaat einverstanden – wenn er denn käme.

Sie wollen ihn in Wahrheit, weil sie wohl nicht zu Unrecht glauben, sie könnten von ihm profitieren. Frankreich, das Land des Descartes, der lateinischen Klarheit, verhält sich derzeit minder vernünftig. Die Polen hingegen, die klassischen Unvernünftler, wissen um ihre und unsere Rolle. Sie wollen westlich von ihren Grenzen keine Gefahr mehr, und sie haben keine Angst vor deutsch-wirtschaftlicher Überfremdung, sondern vor einem polnischen Kollaps.

Nicht mal Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei mag man sich heute noch vorstellen. Wohl aber den Anschluß Bulgariens an die EG.

nuität und Erneuerung dafür unsere Vorschläge unterbreiten".

Von den Hardlinern fiel einer am Mittwoch um: Günter Mittag schlug sich auf die Seite der Realisten – und beschleunigte damit möglicherweise das Ende seines Generalsekretärs.

Der gesundheitlich schwer angeschlagene Honecker, so forderte am vergangenen Donnerstag und Freitag eine wachsende Zahl von Funktionären in der SED-Zentrale, müsse gehen. Er scheint sich nur noch schwach zu wehren.

Der Generalsekretär, der noch bei den Jubelfeiern zum 7. Oktober seine Spannkraft vorführte, habe in der Politbürositzung und in den Tagen danach kaum noch versucht, den Lauf der Dinge selbst zu bestimmen.

Insider schließen nicht mehr aus, daß mit Honecker die ganze Seniorenschaft aus dem Politbüro kippen könnte, von Mielke über Erich Mückenberger, 79, der aus Gesundheitsgründen schon 1988 gehen wollte, bis hin zu Ministerpräsident Willi Stoph, 75, und Volkskammerpräsident Horst Sindermann, 74 – gemäß einer Empfehlung des Genossen Gorbatschow, der bei seiner Visite in Ost-Berlin am vorletzten Wochenende den Altgenossen geraten hatte, schwere Zeiten wie diese erforderten jüngere Männer an der Spitze.

Einer von denen dürfte noch vor den Greisen fallen: Joachim Herrmann, im Politbüro verantwortlich für Agitation und Propaganda. Die miese Presse und das triste Fernsehen wollen Parteibasis und Arbeiter seit Wochen dringlich verändert sehen.

Wie immer in der DDR, in deren Presse höchst selten echte politische Informationen auftauchen, erblühten sogleich die Spekulationen. Alt-Forscher Manfred von Ardenne, 82, erzählte *Bild*, Honeckers „letzter Arbeitstag" sei Mittwoch. DDR-Schriftsteller Rolf Schneider erfuhr sogar den Namen des Nachfolgers – Kurt Hager, ausgerechnet, 77 und damit gleichaltrig mit Honecker – und das Datum des Wechsels: Freitag, den 13. Oktober. Es blieb Gerücht.

Ob der Abtritt der alten Garde der SED weiterhilft, ist zweifelhaft, solange sie nicht an ihrer Stelle unverbrauchte Köpfe präsentiert. Und die waren Ende letzter Woche nicht zu sehen: Als Nachfolger des greisen SED-Chefs wurden zwei Einheitssozialisten gehandelt, die beim Volk weit weniger angesehen sind als Honecker: Sicherheitsexperte Krenz und Günter Mittag, verantwortlich für die Mißwirtschaft.

„Uns ist es egal", sagt selbstbewußt der Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann, „ob Honecker oder ein anderer die Reformen macht, uns interessiert nur, daß es Reformen gibt."



Politbüro-Mitglied Herrmann
Rausschmiß als Opfer?

Entschieden war das Tauziehen in der SED bis zum Wochenende nicht. „Noch ist alles möglich", sagte ein Insider, „auch die Rückkehr zum harten Kurs."

Mißtrauisch stimmt Genossen wie SED-Kritiker, wer sich da über Nacht als Reformator des Sozialismus entpuppt – eine makabre Allianz von Altstalinisten und republiknotorischen Opportunisten, angeführt vom Politbürokraten Kurt Hager, der im derzeit 21köpfigen SED-Führungskreis für Intelligenz und Intelligentes zuständig ist und sich schon im spanischen Bürgerkrieg als Direktor von Radio Madrid rote Sporen verdient hatte.

Im Politbüro gebe es, beteuerte Hager am Donnerstag via ZDF von Moskau aus, natürlich keinerlei Differenzen: „Es ist eine einheitliche Führung, und sie wird es auch bleiben." Und tags zuvor ließ der Kultursekretär des Zentralkomitees über Radio DDR verbreiten, es gehe nun um die „Ausarbeitung einer präzisen Konzeption für die Verwirklichung erforderlicher Erneuerungen".

Das hatte Hager schon einem Redakteur der Wochenzeitung *Moskowskije nowosti* mitgeteilt, unmittelbar nach dem Gespräch Honeckers mit seinem Jubiläumsgast Michail Gorbatschow in Ost-Berlin.

Prompt avancierte Hager im Westen zum ostdeutschen Reformer – derselbe Hager, der noch vor zweieinhalb Jahren Gorbatschows Umgestaltung abschätzig abtat: Wenn der Nachbar die Tapeten wechsle, müsse er nicht auch renovieren; derselbe Hager, der seit nunmehr 34 Jahren verantwortlich ist für Gängelung und Drangsalierung von Kunst und Künstlern in der DDR, der seit mehr als einer Generation als oberster Zensor bestimmt, was dem DDR-Volk frommt und was es in der Kunst nicht lesen oder sehen darf. Hager ist verantwortlich dafür, daß bis heute zahlreiche Bücher von heimischen Autoren in der DDR nicht gedruckt werden – von Stefan Heym bis Jurek Becker.

Kurz nach Hager meldete sich in gleicher Tonlage der CDU-Vorsitzende Gerald Götting zu Wort, einer der Stellvertreter Honeckers im Vorsitz des DDR-Staatsrats. Götting forderte in seiner Hauspostille *Neue Zeit*, die Medien müßten realistisch „das Leben widerspiegeln", die Behörden ihre Entscheidungen begründen. Sogar über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED, heilige Kuh ihres Erfinders Honecker, will der Christdemokrat das Volk „auf neue Weise" nachdenken lassen.

Derselbe Götting hatte eben noch versucht, seinen Parteifreund Winfried Wolk aus dem CDU-Hauptvorstand zu kippen, weil der sich während einer West-Reise vorletzte Woche in *Bild* und ZDF höchst kritisch über die desolaten Zustände daheim ausgelassen hatte. Wolks Rausschmiß scheiterte am Widerstand der Mehrheit der CDU-Führung.

Da mochte Harry Tisch, seit 14 Jahren Mitglied des Politbüros der SED und Vorsitzender des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB, nicht abseits stehen. „Jetzt gilt es", so der FDGB-Chef am Freitag in der Gewerkschaftszeitung *Tribüne*, „in einem vertrauensvollen, überlegten, vernünftigen Dialog mit allen



Politbüro-Mitglied Krenz
Honeckers Nachfolger?

Werktätigen die vorhandenen Probleme zu erörtern." Und forsch beteuerte der 62jährige: „Kritik muß geübt werden, wo Kritik notwendig ist . . . Wir sind aufgefordert und bereit, kühne und mutige Entscheidungen zu treffen. Schnelle und umfassende Informationen auf allen Ebenen sowie in den Medien sind dafür unverzichtbar."

Das ist derselbe Harry Tisch, unter dessen Leitung der FDGB zum Wurmfortsatz der Staatspartei SED verkam, der die Interessen des „volkseigenen" Arbeitgebers über die Belange der ostdeutschen Arbeitnehmer stellt, die ihrer Gewerkschaft seit Monaten in Scharen davonlaufen.



Politbüro-Mitglied Hager
Tapeten aus Moskau?

Vervollständigt wurde das Quartett der prominenten Reformer letzte Woche durch den Präsidenten des Schriftstellerverbandes Hermann Kant. In einem von der FDJ-Zeitung *Junge Welt* abgedruckten „Offenen Brief" beklagte sich Kant am Montag vergangener Woche larmoyant über die Zensur in den DDR-Medien, die seine Worte und die anderer treuer Schriftsteller der DDR nach Gusto verkürzten und verfälschten – nach dem Motto: „Was bedeutend ist, bestimmen wir."

Derselbe Kant, der als Chef des ostdeutschen Schriftstellerverbandes seinen Teil dazugetan hat, daß im Gefolge der gewaltsamen Entfernung des Liedermachers Wolf Biermann zahlreiche seiner Kollegen aus der Literatenvereinigung flogen und damit um ihre Existenz in Deutsch-Ost gebracht wurden.

Was Kant, Tisch und Götting mit guter Witterung für den sich drehenden Wind artikulierten, gibt wieder, was das Volk seit Wochen murrt.

In zahlreichen Resolutionen landauf, landab hatten Werktätige in den Betrieben, Künstler und die neuen Oppositionsgruppen vor allem die straff gelenkten Medien des Landes attackiert. „Die praktizierte Medienpolitik in unserem Land", so schrieben Gewerkschaftsfunktionäre des Deutschen Theaters in einem offenen Brief an Ministerpräsident Willi Stoph, „dreht die Köpfe der Menschen mit Gewalt in Richtung Westen." 20 FDGB-Vertrauensleute des VEB Bergmann Borsig in Ost-Berlin klärten ihren Harry Tisch schriftlich auf: „Insbesondere stößt die offizielle Interpreta-

„Ich hörte nur noch Schreie"

Augenzeugen über Ausschreitungen der Volkspolizei

In Protokollen für die Evangelische Kirche berichten Betroffene – darunter Mädchen von 15 Jahren –, wie brutal Volkspolizei und Stasi bei den Verhaftungen am vorletzten Wochenende in Ost-Berlin vorgingen. Auszüge:

Wir zwei Mädels aus Prenzlauer Berg waren am 7. Oktober auf der Demo von Alex bis Schönhauser Allee. Als die Polizei versuchte, die Demo auf der Schönhauser Allee aufzulösen, rannten wir in Todesangst in die Dänenstraße. Dort gerieten wir in einen Kessel von der Polizei, die uns mit Gummiknüppeln jagte. Eine Freundin von uns wohnte in der Dänenstraße 4. Sie war nicht bei der Demo dabei, hat uns aber gesehen und uns zugerufen, daß wir nach oben kommen sollen. Als wir oben angelangt waren (wir waren circa zehn), schlossen wir uns ein und beobachteten die Sache vom Fenster aus – wir wurden fotografiert. Nach einer halben Stunde klopfte und klingelte es Sturm. Wir öffneten nicht. Dann bin ich mit meiner Freundin in eine Nachbarwohnung telefonieren gegangen. In den zwei Minuten, wo wir weg waren, hat die Polizei die Wohnungstür eingetreten und hat alle Leute verhaftet.

★

Das schlimmste Erlebnis für mich war, daß man meiner 14jährigen Tochter mit dem Gummiknüppel auf die Hände schlug, nur weil sie eine Kerze hielt. Man schlug ihr diese Kerze brutal aus der Hand. Ich regte mich natürlich sehr auf, da sagte man: „Räumen Sie die Straße, sonst werden Sie aufgeladen."

★

Als die Bereitschaftspolizei mit Festnahmen begann, trat ich ruhig in einer Lücke der Sperrkette an einen Polizeioffizier heran und fragte, ob man hindurchgehen dürfe zur S-Bahn. Dieser tippte den nächststehenden Polizisten an mit den Worten „Den auch!"

Die Lkw-Kolonne fuhr nach Rummelsburg, stand dort fast zwei Stunden und begab sich dann nach Marzahn, wo wir gegen 2.30 Uhr ausgeladen wurden. Hier nun begannen die Mißhandlungen über einen Zeitraum von 24 Stunden. Alle Festgenommenen mußten sich mit dem Gesicht zur Wand und den Händen auf dem Rükken in offenen, unbeheizten Garagen (Betonfußboden) aufstellen. Ich stand dort bis 12.30 Uhr, von wenigen, minutenlangen Unterbrechungen abgesehen, auf einem Fleck. Kreuzschmerzen, Nierenschmerzen durch Unterkühlung und Kopfschmerzen infolge Übermüdung (ich bin Sonnabend 5.30 Uhr zur Arbeit aufgestanden) machten nicht nur mir zu schaffen.

Das Klatschen der Gummiknüppel auf den Menschen und das ordinäre Gebrüll der Polizisten will mir nicht mehr aus den Ohren. Einmal wurde ein Bürger so zusammengeschlagen, daß ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte.

★

Ich erlebte, daß Menschen wahllos herausgegriffen und von zwei bis drei Uniformierten über die Straße geschleift und mit Schlagstöcken verprügelt wurden. Ich hörte nur noch Schmerzensschreie, die durch Befehle wie „Greifen!" durchbrochen wurden. Ich sah, wie ein älterer Mann vor meinen Augen an den Armen gepackt und immer wieder mit dem Gesicht auf die Straße geschlagen wurde von drei Uniformierten.

★

Wir mußten uns in einen Raum setzen, mit dem Blick zur Wand. Diese Wand war gräßlich, eintönig gelb gestrichen, und zudem stand an einer Wandtafel: „Hohe Leistungen für das Wohl des Volkes . . ."

Danach setzte ich mich und wartete auf meine „Abholer". Sie sollten mich zu einem Streifenwagen bringen, der mich dann nach Köpenick zum Stadtbezirksgericht fuhr. So saß ich weinend mit Handschellen in einem Streifenwagen mit drei Polizisten. Irgendwie doch albern, ein 16jähriges Mädchen, daß doch gar nichts getan hatte, außer für Menschenrechte zu kämpfen, mit Handschellen durch die Stadt zu führen! Alles bloß Show!

Im Stadtbezirksgericht fanden sich dann meine Eltern ein und hörten das Urteil: 500 Mark! Grund: Zusammenrottung! Nach Paragraph ... Absatz sowieso. Ich werde das Geld bezahlen, und damit können neue Gummiknüppel gekauft werden, damit sie noch mehr, härter und brutaler auf harmlose Leute einschlagen können!

tion der politischen Realität und akuter Geschehnisse durch Massenmedien der DDR mehr als bisher auf Unverständnis."

Seit vergangenen Mittwoch versuchen die Verantwortlichen im Parteiapparat der SED, die miese Stimmung im Lande umzudrehen. Im DDR-Fernsehen, neben dem SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* wichtigster Pfeiler der Medienpolitik der Herrschenden, kamen plötzlich moderat-kritische Stimmen aus dem Volk zu Massenflucht und Demos zu Wort. Und das *ND* druckte am Freitag in voller Länge eine Präsidiumserklärung der Akademie der Künste mit herben Vorwürfen gegen das SED-Blatt: „Die alltäglichen Erfahrungen des Bürgers prägen die öffentliche Meinung in unserem Land, die oft genug im Gegensatz zu der veröffentlichten Meinung steht, ein Widerspruch, der zu empfindlichen Störungen des moralischen und geistigen Klimas in der Gesellschaft führt."

Die *Junge Welt*, Hauptorgan der FDJ, druckte am gleichen Tag sogar – erstmals in der Geschichte des Blattes – eine Gegendarstellung. Die Zeitung hatte über ein Gespräch zwischen Rockmusikern und Liedermachern mit dem FDJ-Chef Eberhard Aurich berichtet, das außerordentlich positiv verlaufen sei. Daß die Musiker, allesamt aus der ersten Artisten-Garnitur, auch harsche Kritik an den Zuständen geübt hatten, konnten Eingeweihte allenfalls aus nebulösen Vokabeln erahnen.

Aurichs Gesprächspartner verlangten postwendend den Abdruck einer von ihnen verfaßten Klarstellung, andernfalls würden sie den Vorgang anderswo publik machen. Die Chefredaktion schluckte die Kröte; am Freitag ließ sie die Erklärung einrücken – mit der Forderung, endlich eine inzwischen von mehr als 3000 Unterhaltungskünstlern der DDR unterschriebene Resolution für innere Reformen zu veröffentlichen – mit Sätzen wie diesen:

- „daß wir den Versuch von Bürgern unseres Landes, sich basisdemokratisch zu organisieren, ausdrücklich begrüßen";
- „daß wir Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen und einen ‚himmlischen Frieden' befürchten".

Doch die alten Raster der SED-Agitation sind noch intakt. Was die Propagandisten so plötzlich inszenieren, ähnelt allzu deutlich der Anweisung aus dem Handbuch kommunistischer Machtsicherung für Krisenfälle: Parallel zu den kritischen Beiträgen veröffentlichten die DDR-Zeitungen am Freitag – wie gehabt – jubelnden Beifall aus allen Schichten der Bevölkerung für die weise „Erklärung" der Parteiführung.



Polizeieinsatz gegen Demonstranten am 7. Oktober in Ost-Berlin: Furcht vor „himmlischem Frieden"

Keine Silbe aber, daß die SED etwa bereit sei, ihre Macht zu teilen, politischen Pluralismus im Land zuzulassen. Keinerlei Gesprächsangebot an die oppositionellen Gruppen im Land, kein konkretes Wort über strukturelle Reformen in Fernsehen oder Presse, beim Wahlrecht oder in der Wirtschaft.

Statt dessen ein paar beruhigende Brocken fürs unruhige Volk: Schon bald, so verkündete Konsistorialpräsident Manfred Stolpe über West-Berliner Rundfunksender, werde es weitreichende Erleichterungen für Reisen in den Westen geben, von denen auch Sowjetbotschafter Julij Kwizinski in Bonn weiß: Es solle eine Garantie für die jährliche Ausreise von 60 000 bis 80 000 Bürgern geben. Das Ost-Berliner Innenministerium rückte in alle Freitagszeitungen die abwiegelnde Mitteilung, daß Visa für Reisen in die ČSSR großzügiger, als die Bevölkerung annehme, ausgeteilt würden.

Und am Abend gab es ein weiteres Hoffnungszeichen: Kurz nachdem der Ost-Berliner Anwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel „rechtsstaatliche Praktiken" und die Freilassung aller Inhaftierten verlangt hatte, meldete die DDR-Generalstaatsanwaltschaft wenigstens teilweise Vollzug: Alle Verhafteten – außer elf, denen Gewalttätigkeiten vorgeworfen werden – seien wieder frei. Vogels Forderung nach Gleichbehandlung – einerseits läßt die DDR republikmüde Bürger wegen Fluchtversuchs einknasten, andererseits, wenn sie sich in West-Botschaften gemeldet haben, stillschweigend ziehen – blieb einstweilen unbeantwortet.

Am selben Freitag nahm auch der alte Honecker nach Tagen der Sprachlosigkeit Stellung. Bei einer Unterredung mit den Vorsitzenden der anderen DDR-Parteien erwähnte der SED-Chef „nicht leichte Herausforderungen". Er rechnete dazu die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gute Warenangebote, „lebensverbundene Medien" und mehr „Reisemöglichkeiten".

Am selben Abend ließ die DDR-Regierung in Bonn mitteilen, ihre inzwischen 820 in Bonns Botschaft in Warschau versammelten Flüchtlinge könnten „in ein Land ihrer Wahl" reisen, diesmal allerdings nicht wieder mit einem Zug durch DDR-Land.

Der Austausch der Köpfe wird der SED sowenig helfen wie ihr verzweifelter Versuch, Offenheit ohne Öffnung zu demonstrieren. Dafür ist die Entwicklung längst zu weit gediehen.

In den Betrieben im stark industrialisierten Süden der DDR rumort es immer vernehmlicher. Schon gibt es unter den Arbeitern Diskussionen über das äußerste Mittel – den Streik.

Die Betriebskampfgruppen, bislang Hauptstütze der Partei zur Sicherung des ostdeutschen Sozialismus, verweigern offen die Gefolgschaft: Zahlreiche Hundertschaften lehnten es in den letzten Wochen ab, an einer Ausbildung für Straßenkampf und zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen teilzunehmen.

Häufigstes Argument: „Wir schießen nicht auf unsere Kinder."

Die Demos der letzten Wochen haben auch viele bislang der Partei treu ergebene Genossen in tiefe Zweifel gestürzt: Unter den Geprügelten und Verhafteten, die im *Neuen Deutschland* als Rowdys und staatsfeindliche Elemente beschimpft wurden, waren vielfach die eigenen Sprößlinge.

Immer mehr Genossen verzichten im Zwiespalt zwischen Parteitreue und persönlicher Redlichkeit auf das Parteibuch. Zehn Prozent, so schätzen Insider, wird die Einheitspartei beim bevorstehenden Umtausch der Mitgliedsbücher verlieren – die meisten nicht durch Ausschluß, sondern durch Austritt. Die Aktion, die eigentlich schon anlaufen sollte, wurde vorsorglich gestoppt, um ruhigere Zeiten abzuwarten.

Nicht besser ergeht es dem Genossen Tisch und seinem FDGB, der seit Wochen Massenaustritte zu verkraften hat. Die wachsende Unzufriedenheit unter den Kollegen, so meldeten die Borsig-Vertrauensleute an Tisch, habe bereits zur Folge, daß sich

> Wettbewerbsmüdigkeit und nachlassende Leistungsbereitschaft breitmachen. Bei Anhalten dieser Situation werden über kurz oder lang schwerwiegende Folgen für viele Bereiche unserer Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben eintreten.

Und auch die Künstler geben keine Ruhe. Mitglieder in allen Theatern der Hauptstadt Berlin haben sich mit Re-

„Schließt euch an!“

SPIEGEL-Redakteur Ulrich Schwarz über die Massendemonstration in Leipzig

Der Eingang der Nikolaikirche mitten in der Leipziger Innenstadt bietet ein farbenprächtiges Bild: Vor dem Portal liegen in dichten Bündeln Herbstblumen in leuchtenden Farben, dazwischen brennen Kerzen. Vor den vergitterten Kirchenfenstern Dutzende Dahlien- und Asternsträuße.

Dazwischen hat einer mit sauberer Handschrift einen Bibelvers geheftet: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit. Bleibt daher fest und laßt euch nicht von neuem das Joch der Knechtschaft auflegen.“

Die Blumen verblühen für jene jungen Leipziger, die in den letzten Wochen verhaftet wurden, weil sie sich in Demokratie geübt hatten.

In der Kirche, erst vor kurzem renoviert, herrscht schon mittags reges Kommen und Gehen. Menschen jeden Alters sitzen in den Bänken, in Andacht versunken, um einen kleinen Tisch vorn beim Chor drängen sich jene, die in einem Buch per Unterschrift ihre Solidarität mit Einsitzenden bekunden wollen. Daneben klebt ein Aufruf der Oppositionsgruppe Neues Forum zur Gewaltlosigkeit.

Eine seltsame Spannung liegt an diesem nach welkem Laub und Braunkohle riechenden 9. Oktober über der Stadt. Gerüchte schwirren: Die Betriebskampfgruppen, so das härteste, haben für heute Schießbefehl erhalten.

Tatsache ist: In den Betrieben wurden die Eltern aufgefordert, ihre Sprößlinge bis spätestens 15 Uhr aus den Kindergärten zu holen. Werktätige, die in der Innenstadt arbeiten, bekommen früher frei und sind gehalten, die City zu verlassen. Die Verkäufer auf dem Markt vor dem Alten Rathaus haben Order, spätestens um fünf ihre Stände dichtzumachen.

Cafés und Restaurants im Umfeld der Nikolaikirche sind schon am frühen Nachmittag aus „technischen“ oder aus „innerbetrieblichen“ Gründen geschlossen, wie Papptafeln mitteilen. Nur ein Schnellbuffet am „Naschmarkt“, dessen Stammkundschaft sich erkennbar aus bierdumpfen Gewohnheitstrinkern zusammensetzt, bleibt geöffnet.

Um 14 Uhr wechselt schlagartig das Publikum um die Nikolaikirche. Plötzlich ist der durch einen graublaulackierten Bauzaun aus Stahlblech geschickt verkleinerte Vorplatz mit Pärchen und kleinen Gruppen übersät – die „Schwulenparade“ hat begonnen, wie der Volksmund spöttisch den Aufmarsch der Staatssicherheit nennt, die stets im Kollektiv zur Sicherung des Regimes antritt.

Der demonstrative Aufmarsch der Staatsgewalt folgt eine Stunde später: Mit Blaulicht umkurven lange Lkw-Kolonnen, beladen mit uniformierter Volkspolizei, den Ring, der die Leipziger Innenstadt einfaßt. Die Wagen halten in Seitenstraßen nahe der Kirche, die Mannschaften bleiben unter den Planen versteckt.

Die Nikolaikirche, in der um 17 Uhr das traditionelle Friedensgebet beginnt, hat bereits eine halbe Stunde zuvor keinen Stehplatz mehr frei. Im Fenster über dem Eingang hängt ein großes Schild „wegen Überfüllung geschlossen“; dazu der Hinweis, daß in drei weiteren Gotteshäusern zur gleichen Zeit Andachten stattfinden.

Vor der Kirche wird die Menge immer dichter. Sie schweigt. Die Ansammlung wächst auf einige hundert Meter durch die Grimmaische Straße bis hin zum Karl-Marx-Platz, an dem das Neue Gewandhaus und die Oper stehen. Um fünf sind es einige tausend, um halb sechs mehr als 10 000, um sechs, als die Nikolaikirche die 3000 Frommen und Neugierigen ausspuckt, die drinnen Platz gefunden haben, ist der Karl-Marx-Platz schwarz von Menschen, 20 000 mindestens.

Zaghaft ertönen erste Rufe: „Gorbi, Gorbi“, „Demokratie jetzt“, „Wir sind keine Rowdys.“

Die Menge wartet weiter. Plötzlich, ohne erkennbare Regie, setzt sich der Zug von der Nikolaikirche in Bewegung, biegt in die Grimmaische Straße, rollt, sich lawinenartig vergrößernd, über den Karl-Marx-Platz auf den Georgiring Richtung Bahnhof. „Schließt euch an, schließt euch an“, skandieren die Marschierer.

Als die Spitze der Kolonne den Platz der Republik vor dem Leipziger Hauptbahnhof erreicht, sind dem Ruf rund 50 000 gefolgt. Junge Leute und ältere, an Kleidung und Habitus als Mitglieder der herrschenden Klasse kenntlich, und Intelligenzler, Langhaarige und Herren mit akkuratem Messerschnitt. „Gorbi, Gorbi“, schallt es zu den Häuserfronten hoch und, vom Beton verstärkt, zurück. Auch ältere Ehepaare, den obligaten Einkaufsbeutel am Handgelenk, klatschen dazu rhythmisch in die Hände.

„So etwas“, stößt ein Mann in den besten Jahren mit leicht zitternder Stimme hervor, „hat Leipzig noch nicht erlebt.“ Und er fällt in den Schrei der



Demonstration für Reformen in Leipzig*: „Demokratie jetzt“

* Am Montag vergangener Woche.

10 000 um ihn herum ein: „Wir sind das Volk, wir sind das Volk."

Die Masse wälzt sich wie ein Lavastrom am Hauptbahnhof vorbei – wenn jetzt Polizei dazwischenginge, um die „nicht genehmigte Veranstaltung", wie der Auflauf im Ostbürokratendeutsch heißt, auseinanderzutreiben, sie hätte keine Chance – außer mit der Waffe.

Die Vopo ist kaum zu sehen. Die Stasi hat sich verkrümelt. Hinter verschlossenen Bahnhofstüren stehen einige Dutzend martialische Gestalten mit Helmen und Knüppeln, das ist alles. Doch die Demonstranten gucken nicht einmal hin. Der Lindwurm kriecht um die Stadt, die Parolen wiederholen sich: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", „keine Gewalt", „Neues Forum, Neues Forum", und immer wieder „Gorbi, Gorbi".

Die Stimmung ist beängstigend friedlich. Selbst als der Zug an der Bezirksverwaltung der Stasi vorbeizieht, ist kein Ruf „Stasi raus" zu hören. Statt dessen pflanzt sich durch die Reihen der Appell an die vor dem Eingang aufgebauten Volkspolizisten fort: „Polizisten, schließt euch an, schließt euch an."

In keinem Moment jener zwei Stunden, die der Zug rund um die City dauert, kommt das Gefühl von Gefahr auf oder von Konfrontation. Die Polizei versucht nicht, die Menschen abzudrängen. Verkehrspolizisten schaffen der stillen Demo freie Bahn; und selbst dort, wo Autos oder Straßenbahnen plötzlich zwischen die Menge geraten, bleibt die Stimmung sanft und gelassen. „Hupen, hupen", schallt es, und zögerlich erst, dann kräftiger, kommt Antwort zurück.

Die Sympathien derer am Rand sind unübersehbar und deutlich zu hören. Vor dem Hotel International steht die Belegschaft Spalier, aus einem Fenster des Neuen Gewandhauses hält eine junge Frau eine Wunderkerze, von den Balkonen der Häuser winken und klatschen viele Bewohner. Die Demonstranten auf der Straße quittieren jede Zustimmung mit dankbarem Beifall.

So plötzlich, wie sich der Zug bildete, löst er sich auf – wenig später in der Goethestraße hinter dem Karl-Marx-Platz verblüffende Szenen. Mit einigen Demonstranten sprechen Männer der Betriebskampfgruppen, jener Arbeitermiliz, die am Freitag zuvor noch im lokalen SED-Blatt *Leipziger Volkszeitung* gedroht hatte, sie sei bereit, „diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!"

„Wen wollt ihr schützen?" fragt ein junger Mann einen weißhaarigen Kampfgruppenkommandeur. Der antwortet: „Ich bin auch nicht gern rausgegangen. Ich habe meinen Leuten gesagt: Vergeßt nicht, das sind unsere Menschen, die da draußen demonstrieren."



Aufruf-Unterzeichner Masur
„Gemeinsame Verantwortung"

„Warum seid ihr dann ausgerückt?"

„Wir mußten verhindern, daß etwas zerstört wird."

„Da habt ihr recht", sagt der junge Mann.

Als der Zug fast vorbei ist, ertönt plötzlich aus den Lautsprechern des Leipziger Stadtfunks, die an markanten Punkten der Innenstadt aufgestellt sind, Musik – und das erste sensationelle Echo der Partei: ein Appell, unterzeichnet vom Chefdirigenten des Gewandhaus-Orchesters, Kurt Masur, dem Pfarrer Peter Zimmermann, Mitglied im Hauptvorstand der CDU, dem Kabarettisten Bernd Lutz Lange von den Leipziger „Akademixern" und, sensationellerweise, drei Sekretären der Bezirksleitung der SED. Text:

> Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung hat uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die genannten Leute allen Bürgern, die ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.

Den Aufruf zur Besonnenheit hören die meisten nicht mehr. Sie sind gegangen, viele mit leuchtenden Gesichtern, in denen der Stolz steht, sich endlich bekannt zu haben – gegen die Machthaber, aber für ihre DDR. Nur einmal versuchten ein paar Demonstranten, den Schlachtruf der Ausreiser „Wir wollen raus" anzustimmen. Sie wurden vom Gegenchor übertönt: „Wir bleiben hier."

„Heute waren wir 50 000", sagt einer um die 50 selbstbewußt und angstfrei, „nächsten Montag werden es 100 000 sein."

form-Resolutionen an die Parteiführung gewandt – mit Ausnahme des Friedrichstadtpalastes, dessen Ensemble-Mitglieder von der Hausleitung mit sofortiger Entlassung bedroht wurden, sollten sie sich zu oppositionellen Gruppen bekennen. Für den vergangenen Sonntag hatten die Kollegen aller ostdeutschen Theater zu einem Diskussionsforum über die Zukunft der DDR ins Maxim Gorki Theater geladen.

Die Macht der SED zerfasert von ihren Rändern her, die DDR befindet sich, so der Bonner Innenminister Wolfgang Schäuble, in einem „vorrevolutionären Stadium" – und er orakelte in der *Welt* düster, die Sowjets könnten womöglich „doch wieder ihre Streitkräfte einsetzen".

Ganz anders der SPD-Präside Egon Bahr. Im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 29) plädiert er für baldige deutsch-deutsche Verhandlungen um eine Ergänzung des Grundlagenvertrags: „Entweder die SED ändert sich, oder sie muß die Macht teilen." Im SPIEGEL-Gespräch (Seite 41) regte Bayerns CSU-Ministerpräsident Max Streibl Sanktionen, in seinen Worten einen „Subventionsabbau" gegenüber der DDR an.

Die Bonner Regierenden freilich vermieden letzte Woche, angesichts des Machtgerangels im zweiten deutschen Staat, jeden Kontaktversuch mit ihren regierenden Brüdern in Ost-Berlin. Kohl wartete auf einen Anruf Honeckers, der müsse von sich aus aktiv werden. Und seine Helfer verweisen darauf, daß Gorbatschow in Ost-Berlin auf eine Erneuerung gedrängt, aber keine klare Antwort erhalten habe; da wolle Bonn – Schäuble sei's geklagt – sich wirklich nicht einmischen.

Die Moskauer Gäste hatten eher amüsiert zur Kenntnis genommen, daß sich ihnen „Tapeten-Kutte" Hager (DDR-Jargon) persönlich als Reformer andiente. Auch alle anderen Gastgeber waren beim Umgang mit Sowjetreformer Gorbatschow stolz auf ihr Wirken: Da rühmte sich Mielke, ohne seine Bemühungen um Ruhe und Ordnung wäre die deutsche Ost-Republik längst aus dem Ruder gelaufen. Ober-Ökonom Günter Mittag hielt dafür, mit seinen Dezentralisierungsbemühungen in der DDR-Wirtschaft sei er ein früher Prophet der Perestroika. Und Verteidigungsminister Heinz Keßler, 69, brüstete sich, er habe seinem angeschlagenen Staats- und Parteichef klipp und klar gesagt, die Volksarmee stehe für das Niederhalten eventueller größerer Unruhen nicht zur Verfügung.

Am wichtigsten aber machte sich nach Moskauer Eindruck der Politbüro-Benjamin Krenz, der – so ein sowjetischer Gesprächspartner – „auf alles eine Patent-Antwort hatte, selbst dann, wenn er gar nicht gefragt war". Seine Betrieb-



DDR-Betriebskampfgruppen: „Wir schießen nicht auf unsere Kinder"

samkeit aber hatte in Moskau Wirkung: Die Sowjets stellen sich auf den ehemaligen FDJ-Führer „zumindestens als interimistische Nummer eins in Ost-Berlin" ein.

Dies war auch Folge der Botschaft, die Hager seinem sowjetischen Kollegen Wadim Medwedew, in der KPdSU-Führung für Ideologie zuständig, mitbrachte: Wenn das Politbüro die Spitze auswechsele, dann werde es sich auf den wegen gelegentlichen Alkoholkonsums an einer Leberzirrhose leidenden Krenz verständigen.

In Moskau, wie in Bonn, ist Zurückhaltung angesagt; eine direkte Einmischung gilt derzeit als nicht opportun. Dennoch hätten die Sowjets ganz gern einen Lieblings-Parteichef – Markus Wolf, 66, den ehemaligen Auslandsspionage-Chef des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, dessen Vorstellungen denen des Sowjetreformers am nächsten kommen.

Auch aus sowjetischer Sicht müßte in der DDR ohne Verzug ein breiter Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen ohne Einschüchterung durch den mächtigen Sicherheitsapparat beginnen, die Akzeptierung vor allem der Evangelischen Kirche und der unter ihrem Schutz siedelnden Reformgruppen als konstruktive Opposition. Die Demokratisierung müsse beginnen mit allgemeinen und geheimen Mehr-Kandidaten-Wahlen auf allen Partei- und Staatsebenen.

Doch die Sowjets hüten sich vor direkter Intervention. Sie streuen allerdings gern, daß ihr Gorbi mit dem alten Honi nicht mehr viel im Sinn hat.

Als Gorbatschow dem DDR-Deutschen Mut zu machen suchte zu einem beherzten Ausbruch aus dem selbstgemauerten Getto autoritären Sozialismus und dabei auf die unvergleichlich besseren ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR hinwies – „Ihre Versorgungslage ist doch wirklich nicht schlecht" –, kommentierte der SED-Patriarch säuerlich: „Eben, eben."

Und dann erzählte er von seinem jüngsten Wiedersehen mit Magnitogorsk, einer Stadt am Ural, wo er einst als FDJler Aufbauarbeiten befehligt hatte, und davon, daß es dort heute in den Läden „nicht einmal Salz" gebe, geschweige denn „etwas Vernünftiges zu essen" – eine in sowjetischen Augen unerhörte Arroganz des deutschen Klas-



SED-Bezirkschef Modrow
Der Hoffnungsträger

senbruders, der durch seine zahlreichen Deals mit dem bürgerlichen Bonn jährlich viele Milliarden Mark Devisen in seine Kasse schaufelt.

Von den Rändern, an denen die SED-Macht zerrinnt, kommt auch Hoffnung für die Reformwilligen in der Partei.

In den industriellen Ballungsgebieten des DDR-Südens ist die trostlose Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus am dichtesten, der Zwang zu echten und nicht nur machtsichernden taktischen Reformen für die Einheitssozialisten am drängendsten. Während in Mecklenburg, so ein Eingeborener, „alles 100 Jahre später passiert", gab es nicht von ungefähr die größte Demonstration gegen das Regime in Leipzig und die gewalttätigste in Dresden.

Die Sachsen haben seit langem Probleme mit den Berlinern. Die Leute in Leipzig etwa sind verbittert, daß nichts gegen die extrem hohen Umweltbelastungen durch die Braunkohleverfeuerung und die umliegende chemische Industrie getan wird. Untersuchungen der TH Leipzig und der TU Dresden ergaben 1987, daß der Leipziger Bahnhofsplatz der schmutzigste Platz Europas ist. Die Ergebnisse sollten im DDR-Magazin *Deine Gesundheit* erscheinen, der Druck wurde gestoppt.

Den Stolz der Bewohner der alten Messestadt verletzt auch, daß die DDR alles in den Ausbau ihrer Hauptstadt Berlin pumpt, während der Messeplatz Leipzig besonders abgewirtschaftet ist; ganze Viertel sind verlottert. „Die Stadt fällt zusammen", klagt eine Leipzigerin. Zudem sehen die Messestädter jedes Jahr, was der Westen technologisch zu leisten vermag, sehen die West-Autos der Messebesucher.

Der Bezirk hat eine traditionell stark organisierte Arbeiterschaft. Jetzt sitzen dort große Kombinate wie das „Metallleichtbau"- oder das „Bau- und Montage-Kombinat Süd". Die Arbeiter dort bekommen am ehesten mit, welchen Leerlauf die Mittagsche Planwut produziert. Sie sind arbeitswillig, aber sie müssen den Hof fegen, weil Teile fehlen.

Zur Unzufriedenheit der Leipziger trägt auch die Wirtschaftsdoktrin bei, daß sich die Bezirke selbst versorgen sollen. Die großen Industriezentren im Süden haben viel zuwenig Landwirtschaft, um die Ballungsgegenden ausreichend zu versorgen. So schielen Leipziger wie Dresdner jedes Jahr neidisch zu den Bezirken im Norden, wo es öfter frisches Gemüse gibt; die Messestädter brauchen nur während der Messetage nicht zu klagen.

Der Leipziger SED-Bezirkschef Horst Schumann, 65, liegt wegen der andauernden Misere seit Jahren mit der Parteizentrale in Ost-Berlin im Clinch. „Der hat sich", so ein SED-Mann, „ständig unbeliebt gemacht", nachdem er 1970

zum SED-Fürsten des Bezirks aufgerückt war. So wollte er vor zwei Jahren das liebste Spiel der DDR-Wirtschaftsplaner nicht mitmachen, die „Plan-Präzisierung". Der strenge Winter 1987 hatte auch in seinem Bezirk alle Pläne über den Haufen geworfen, die Werktätigen der sächsischen Industriestadt hinkten heillos hinter den Zielvorstellungen hinterher. Aus Ost-Berlin kam die Order, einfach das wenige Erreichte zum Plansoll zu erklären. Schumann dagegen wollte mit ehrlicher Selbstkritik den Leistungswillen ankurbeln – Ost-Berlin pfiff ihn zurück.

Unbeliebt machte er sich auch mit einem internen Brief nach Ost-Berlin, in dem er eingestand, daß ehrgeizige Baupläne nicht zu erfüllen seien. Die Reaktion der alten Herren um Chefplaner Günter Mittag war eindeutig: Es reiste eine Kommission unter Leitung des Bau-Staatssekretärs Karl Schmiechen an, um festzustellen, daß die Pläne natürlich zu erfüllen seien, die Misere allein Schuld der laschen SED-Führung vor Ort sei. Seitdem ist Schumann fast ganz von der Bildfläche verschwunden, gilt als schwer krank, „er hat sich aufgerieben", meint ein Leipziger Einheitssozialist.

Doch Schumann hat sich rechtzeitig Leute seiner Couleur in die Bezirksleitung geholt. Roland Wötzel etwa, zuständig für Wissenschaft, Erziehung und Kultur und einer der Unterzeichner des Leipziger Aufrufs. Der 51jährige gelernte Wirtschaftsfunktionär galt lange Zeit als Schumanns Kronprinz, war als SED-Chef der Stadt Leipzig zweiter Mann im Bezirk, bis er durch Joachim Prag, einen Hardliner und Aufpasser der Berliner, ersetzt wurde. Bei Wötzel haben die Dogmatiker den „Liberalismus seines Chefs" ausgemacht, Studenten und Professoren schätzen an ihm, daß er nicht „das Parteichinesisch der Primitivlinge" redet.

Oder der Wirtschaftsexperte Kurt Meyer, auch ein Unterzeichner. Der Mittvierziger hat eine Blitzkarriere vom Abteilungsleiter in einer der sieben Leipziger Stadtbezirksverwaltungen hinauf zum Bezirkssekretär hinter sich. Er gilt als Volksredner, nennt auch Probleme wie die katastrophale Versorgungslage (partei-)öffentlich beim Namen, kann mit den Arbeitern reden („Wenn Meyer auftritt, hören die Leute zu").

Am deutlichsten scheint der Reformwille der SED in Dresden. Dort gab es nach den gewalttätigen Demos während und nach der Sonderzugaktion mit Ausreisern aus Prag die ersten Gespräche zwischen Partei und Opposition. Der Dresdner OB Wolfgang Berghofer lehnte sich dabei weit aus dem Fenster: Er sprach sich unter anderem für eine Änderung am Wahlmodus aus: „Wahlen müssen richtige Wahlen werden."



DDR-Tristesse (in Erfurt): „Die Stadt fällt zusammen"

Berghofers Vorstoß überrascht nicht. Denn er hat den Hoffnungsträger aller reformbereiten Genossen im ganzen Land hinter sich: den Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow.

Die Krise der SED hat Modrows Stellung erheblich gestärkt. An ihm, so glauben SED-Funktionäre, führt in Zukunft kein Weg mehr vorbei. Spätestens beim Parteitag im nächsten Mai werde Modrow ins Politbüro aufrücken, um die Protestierer im Lande ruhigzustellen und den Genossen aus der Provinz in das Ost-Berliner Machtkarrussell einzubinden. Wer immer dann dort das Sagen habe, so heißt es, wird Modrow brauchen.

Der wahre Nachfolger Honeckers, davon sind viele Genossen überzeugt, kommt ohnehin aus einem der SED-Bezirke, weil es bei zerfallender Macht der Zentrale nur in den Regionalorganisationen eine intakte Hausmacht gibt. Wer immer Honecker jetzt beerbt, müsse spätestens dann gehen, wenn der Reformdruck von innen und aus Moskau unausweichlich wird.

Dann stehen drei Anwärter und Bezirksfürsten bereit: Günter Schabowski (Berlin), Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt) und Hans Modrow.

Der 61jährige Hoffnungsträger aus Dresden, klein und grauhaarig, paßt so gar nicht in das Bild eines typisch verknöcherten Ost-Funktionärs. Ungewöhnlich sein verschmitztes Lächeln, ein Schuß Selbstironie und der Lebensstil des gelernten Feinmechanikers: Nicht einmal die Staatssicherheit hat ihn zum Umzug in die feudale Dienstvilla bewegen können. Er lebt weiter mit seiner Frau in einer Mietwohnung und kauft statt in separaten Devisen-Läden der SED-Spitze oft in der DDR-Kaufhalle.

Wie er gilt der 60jährige Günter Schabowski als Mann Moskaus. Er hat dort studiert, ist mit einer Russin verheiratet. Der Journalist, früher Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, spricht neben Russisch auch Englisch und Französisch – und ist auch sonst nicht auf den Mund gefallen. Frei nach Wilhelm Busch textete er etwa über Bundeskanzler Helmut Kohl: „Ach, wie die Welt ist so geräumig, und der Kopf ist so beschränkt." Und als er vor Jahren einmal zu Besuch bei den Genossen der französischen KP war und in die Käseabteilung eines Pariser Kaufhauses geführt wurde, überraschte er die Umstehenden angesichts der Warenvielfalt mit der Erkenntnis: „Das schafft der Sozialismus nie."

Ein offenes Wort liebt auch Lorenz, der dritte Kandidat für die Zeit nach dem Übergang. Der gelernte Mechaniker, seit 1976 an der Spitze der wichtigen Industrieregion im Süden der DDR, schlug schon vor längerer Zeit Töne an, die erst seit letzter Woche im Parteideutsch Konjunktur haben, als er einräumte, „daß in diesen vier Jahrzehnten nicht jeder Tag ein Sieg war". Und er forderte, zusammen mit den Kritikern des Systems „zu verändern, was der Veränderung bedarf."

Das war im Juli 1988. Bis Anfang letzter Woche geschah nichts.

Aber selbst neue Tapeten in der Wohnung, wenn sie denn jetzt geklebt werden, bedeuten ja nicht, daß frische Luft durchs Haus zieht.